

A

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich amtl. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Veröffentlichungsweise: täglich (nur Werktags).
Bezugspreis: monatlich 3.20 Mark einschl. Postgebühren
oder Vierteljahrs.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

Gegründet 1888.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Kutter.
Druck und Verlag der Firma Schmidt'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Rh.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige 8-Zeilige Zeile oder deren
Raum 70 Hk. Die 91 mal breite Zeile 2.10 Mk.
Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.
Anzeigenannahme bis 6 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 176

Limburg, Dienstag, den 3. August 1920.

33. Jahrgang

Ein angebliches Ultimatum der Eisenbahner.

Berlin, 1. August. (W.B.) Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich heute mit den Beschlüssen des Unterausschusses über die Einföhrung des Verkehrsnormalis in der Beförderungsordnung. Die Vertreter der Eisenbahnerverbände hatten ein Ultimatum eingereicht, in dem sie verlangten, daß, wenn nicht bis heute nachmittags 3 Uhr die Forderungen erfüllt seien, sie einen Demonstrationstreif in ganz Deutschland in die Wege leiten würden. Im Hinblick darauf erklärte der Finanzminister, daß er nun seine Bemühungen um Verständigung einstellen werde. Der Ausschuß beschloß, die Verhandlungen abzu-
brechen, bis die Sache geklärt, und das Ultimatum förmlich zurückgewiesen worden sei.
Die größte Eisenbahnerorganisation, der Deutsche Eisenbahnerverband hat inzwischen erklärt, daß ihm von dem Ultimatum nichts bekannt gewesen sei, das Gleiche hat der Gesamtverband der Deutschen Staatsbeamten und Staatsangestelltenvereinigungen versichert.

Das Diebesunwesen bei der Eisenbahn.

Berlin, 31. Juli. Die scharfen Maßnahmen, die die Eisenbahnerverwaltung gegen das Diebesunwesen auf den Bahnhöfen getroffen hat, haben im Juni einen weiteren Rückgang der Eisenbahndiebstähle gebracht. Nach der nun vorliegenden Uebersicht sind die Eisenbahndiebstähle im Juni Berlin gegenüber dem Vormonat um 20 Prozent, im April sogar um 50 Prozent zurückgegangen. Insgesamt sind im Berliner Bezirk 178 Personen des Diebstahls verurteilt worden, von denen 102 Eisenbahnarbeiter, 6 Eisenbahnbeamte und 70 Zivilpersonen waren. Von den über 100 Eisenbahnern sind 66 Arbeiter und 5 Beamte entlassen worden. Die Mehrzahl der Verurteilungen und Diebstähle entfällt auf den Güterverkehr, während der Gepäckverkehr eine wesentlich niedrigere Diebstahlsziffer aufweist. Auf die verstärkte Ueberwachung des Gepäckverkehrs durch die Eisenbahnerverwaltung zurückzuführen, die gerade jetzt in der Reisezeit scharfe Maßnahmen ergriffen hat, um das Verstecken von Gegenständen in den Gepäckstücken zu verhindern. Natürlich gibt diese Statistik noch kein genaues Bild über den tatsächlichen Umfang der Diebstähle, da besonders im Güterverkehr die Feststellung eines Diebstahls sehr schwer ist. Mit Sicherheit kann jedoch angenommen werden, daß die von der Eisenbahn gezahlten Summen an Entschädigungen gleichfalls zurückgehen werden.

Betriebseinschränkungen im Industriegebiet.

Eisen, 31. Juli. Die Hüttenwerke im Industriegebiet haben bereits ihre Anstalten, um die Erzeugung des verbrauchten Kohlenlieferungen anzupassen. Die Interessengruppen des Eisenbahnverkehrs in der Gegend sind in den nächsten Tagen drei Hochöfen und ein Stahlwerk außer Betrieb. Die Werke, die noch über einige Vorräte verfügen und die Kohlenlieferung für den Herbst erwarteten Transportleistungen für Kohlenkontingent vorläufig überschritten, um Vorräte einzusammeln, hoffen, noch ungefähr 2 Monate den Betrieb im gegenwärtigen Umfang aufrechterhalten zu können. Allerdings macht man sich jedoch auf größere Einschränkungen gefaßt.

Die Siedelungsgesellschaft vertriebener Elsaß-Lothringer.

Berlin, 1. August. (W.B.) Unter dem Namen „Heimat“ wurde in Berlin, Taubenstraße 34, eine Zentral-Siedelungsgesellschaft für vertriebene Elsaß-Lothringer im Reich, G. m. b. H., gegründet. Gegenüber dem Unternehmen ist Sekundatmachung der vertriebenen Elsaß-Lothringer im Reich und ihre Wiedereingliederung in das deutsche Wirtschaftsleben durch Beschaffung von Arbeits- und Wohngelegenheit. Die Gesellschaft ist von den vertriebenen Elsaß-Lothringern selbst gegründet und finanziell von der Reichsregierung unterstützt. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die vertriebenen Elsaß-Lothringer in das deutsche Wirtschaftsleben zu integrieren und ihnen eine neue Heimat zu schaffen.

Waffenraub durch Kommunisten.

Limburg, 31. Juli. In der letzten Nacht zog nach Limburg eine Gruppe von Kommunisten und Sozialisten, um einen Waffenraub zu veranlassen. Die Gruppe bestand aus 25 Mann und zwei Offizieren der Ham-burger Garnison. Sie waren in Limburg angekommen und hatten sich in der Nacht in der Stadt verteilt. Die Wachen waren gegen die Gruppe nicht vorbereitet und wurden von der Gruppe überwältigt. Die Gruppe raubte eine große Menge an Waffen und Munition, darunter 4 Automaten, 2 Maschinengewehre und eine große Menge an Munition. Die Gruppe zog sich dann in die Nacht zurück und ließ die Wachen gefangen. Die Polizei ist derzeit auf der Suche nach der Gruppe und hat bereits einige Verdächtige festgenommen.

Besatzungsbehörden und Betriebsräte.

Duisburg, 1. Aug. In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß die Besatzungsbehörden von den Betriebsräten in ihrem Bereich liegenden größeren Werke Bericht über ihre Tätigkeit verlangten. So hat auch die alliierte Rheinlandskommission von dem Obmann des Betriebsrates der Firma Krupp in Rheinhausen einen Tätigkeitsbericht über die Arbeiten und Aufgaben des Betriebsrates eingefordert. Die Aufforderung war in französischer Sprache durch die Vermittlung der Firma dem Betriebsratsobmann zugegangen. Da in dem Betriebsratsgesetz eine Bestimmung über irgendwelche Benachrichtigungen an die Besatzungsbehörden nicht enthalten ist, hat der Betriebsratsobmann nach Erundigung bei den Besatzungsbehörden es vorläufig abgelehnt, dem Ersuchen nachzukommen. Gleichzeitig wurde das Auswärtige Amt in Berlin um Auskunft gebeten, ob im Friedensvertrag irgendwelche Bestimmungen vorhanden sind, die die internationalisierte Kommission veranlassen könne, ein derartiges Ersuchen an die Betriebsräte zu stellen.

Pazifistische Kundgebungen.

Marienwerder, 1. August. (W.B.) Heute am Jahrestage des Ausbruchs des Krieges fand hier eine Kundgebung gegen den Krieg und für den Völkervereinigung statt. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen die Bestrebungen, das Volk aufs neue in einen sogenannten Völkerring zu treiben, protestiert und von der Reichsregierung die strikte Durchführung der Neutralität im Kriege zwischen Rußland und Polen verlangt wird.

Dr. Simons über die Ostpolitik der Entente und die österreichische Anschlußfrage.

Wien, 1. August. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlichte eine Unterredung mit dem Außenminister Dr. Simons, der in Bezug auf die Meldung, wonach die Verhandlung kommen sollen, ohne Hinzuziehung Deutschlands erhalten werden soll, erklärte: Wenn diese Nachricht richtig ist, so ist es sehr erstaunlich, daß Rußland und Deutschland zu regeln sind, ohne Hinzuziehung Deutschlands entschieden werden soll. Im Verlaufe der Unterredung kam der Minister auch auf den Zusammenschluß von Deutschland und Österreich zu sprechen und erklärte, die Gefahr, welche Österreich durch die ungarische Frage und die Bestrebungen nach Herstellung einer Donau-deration bedroht, sei nur durch ein Mittel zu bannen, nämlich durch Festhalten an dem Grundgedanken, daß es nur eine natürliche und rechtmäßige Lösung der deutschen Frage gäbe; das sei der föderalistische Zusammenschluß aller deutschen Stämme in Deutschland und Österreich. Auch dieser Gedanke werde und müsse einmal zur Wirklichkeit werden, so wie der Gedanke, daß Deutschland und Rußland durch die härtesten wirtschaftlichen Interessen auf einander angewiesen sind.

Der polnische Generalstabsbericht.

Warschau, 31. Juli. (W.B.) Generalstabsbericht vom 30. Juli: Eine Abteilung der bolschewistischen Kavallerie drängt über Ostpreußen im allgemeinen in der Richtung nach Siedlitz vor. Ihre Vorhut wurde bei Komsha durch unsere Truppen abgewehrt. Alle Angriffe der 4. feindlichen Armee an der Karwolinie von Wosna bis zur Eisenbahnlinie Realist-Brest-Litowsk wurden abgewehrt, südlich Brest-Litowsk gelang es dem Feinde, sich der Bahnstation Czeremcha zu bemächtigen. Gegenwärtig führen unsere Truppen dort Gegenangriffe aus. Die Gruppe in der Poljesse geht auf ihre Stellungen bei Brest-Litowsk zurück. Nachdem sie auf ihrem Rückzug vier bolschewistische Infanterieregimenter geschlagen hatte, machte sich jetzt ein härterer Druck des Feindes nicht fühlbar. Am 30. Juli örtliche Kämpfe, auch die Kampfhandlungen in der Gegend von Brodn dauern fort. Die Flugzeugaufklärung wird dort durch die atmosphärischen Verhältnisse erschwert. Am 30. Juli ist die Lage im allgemeinen unverändert. Der Feind, der an einigen Stellen den Fluß überschritt, wurde durch unsere Abteilungen im Gegenangriff zurückgeworfen.

Augustowo genommen.

Kopenhagen, 1. August. (W.B.) „Berlinske Tidende“ meldet aus Kowno: Hier eingegangenen zuverlässigen Nachrichten zufolge haben die Bolschewisten Augustowo besetzt. Die Polen haben sich auf Suwalki zurückgezogen, dessen Bevölkerung die stauffischen Truppen im Gebiet von Mariampol ersuchte, die Stadt zu besetzen, ehe die Bolschewisten es tun.

Die Bolschewisten an der deutschen Grenze.

Allenstein, 31. Juli. (W.B.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Eine Schwadron bolschewistischer Kavallerie traf jenseits der Grenze bei Prostken ein. Auch an verschiedenen anderen Grenzstellen zeigten sich bolschewistische Partouillen, so gegenüber Vorkommen, Dlugosien im Kreis Eyd. Sie erklärten der Grenzbevölkerung, daß sie die Grenze nicht überschreiten würden.

Die Gefährdung unserer Ostgrenze durch die Kriegsführung.

Berlin, 1. August. (W.B.) Wie erinnertlich, wurde dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris am 21. Juli eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung um Zustimmung zu den zur Wahrung der Neutralität an der Ostgrenze erforderlichen Maßnahmen gebeten hatte. Unter anderem war gebeten worden, zu gestatten, daß zur Wahrung der Neutralität und für den Schutz der Grenze die erforderlichen Truppen durch die Abstimmungsgebiete von Allenstein und Marienwerder geschickt werden könnten. Nach Meldungen aus dem Osten zogen sich die internationalisierten Truppen in den Abstimmungsgebieten von der Grenze zurück. Gegenwärtig ist die Lage, daß an der Grenze der deutschen Abstimmungsgebiete keine genügende Wehrmacht steht, um Zwischenfälle zu verhindern. Eine auf deutsches Gebiet übergetretene polnische Truppenabteilung wurde von der Sicherheitspolizei entwischt. Mit Rücksicht auf die zunehmenden Schwierigkeiten wurde jetzt von der deutschen Regierung in Paris die Bitte ausgesprochen, die Antwort auf unsere Note zu beschleunigen. Die Militärbehörden in den Grenzgebieten wurden angewiesen, je nach der Lage und den Umständen zu verfahren. Das Uebertreten weiterer polnischer Truppen und ihr Aufenthalt im Osten kann zu unerwünschten Folgen führen. Die Entente wurde deshalb gebeten, für den Abtransport der übergetretenen Polen nach dem Innern von Deutschland Schiffsraum zur Verfügung zu stellen.

Danzig unter polnischem Boykott.

Berlin, 1. August. (W.B.) Aus Danzig wird der „Vossischen Zeitung“ gemeldet, daß die polnischen Eisenbahnerverbände sich weigern, irgendwelche Lebensmittel nach Danzig zu befördern, solange die Danziger Hafenarbeiter nicht die polnischen Munitionstransporte entladen. Die Ernährungslage der Danziger werde dadurch aufs äußerste gefährdet.

Ein rumänisches Ultimatum.

Belgrad, 1. August. (W.B.) Südslawisches Pressebüro. Die rumänische Regierung hat an Rußland eine Note in Form eines Ultimatus mit der Aufforderung gerichtet, die russischen Truppen in Bessarabien sofort zurückzuführen. Der Sowjetregierung wurde eine dreitägige Frist gestellt. Wie verlautet, wird Rumänien die Mobilisierung anordnen.

Die Friedensverhandlungen eine russische Sinte?

Paris, 1. August. (W.B.) Der „Petit Parisien“ enthält anläßlich der Veröffentlichung des aufgefangenen bolschewistischen Funkentelegramms, wonach die russische Heeresleitung vor dem 4. August kein Abkommen mit den Polen schließen solle, es beständen sehr ernste Gründe dafür, daß die Russen weit davon entfernt seien, einen aufrichtigen Frieden mit Polen zu wünschen, sondern nur daran dächten, ihre Erfolge immer weiter auszudehnen, bis die Polen schließlich gezwungen seien, zu kapitulieren. Inzwischen dränge die russische Armee weiter vor. Die russische Kavallerie befindet sich ungefähr 30 Kilometer von Warschau entfernt. Die polnische Heeresleitung habe inzwischen verschiedene Neubildungen von Heeresteilen zum Zweck einer Reorganisation der Armee angeordnet. Die Rückenbedeckung sei französischen Offizieren anvertraut worden.

Tschechische „Eroberungen“.

Gmünd, 1. August. (W.B.) Nach einer Zeitungs-korrespondenz erfolgte die Uebernahme des Bahnhofes und der Vororte von Gmünd durch die Tschechen ohne Zwischenfall. In den besetzten deutschen Bezirken Gmünds wurden zum Zeichen des Protestes Trauerschlaggen gehißt. Auch mehrere reichsdeutsche Bezirke wurden von Tschechen besetzt, obwohl über die schließliche Staatszugehörigkeit dieser Bezirke erst die Grenzkommission zu entscheiden haben wird.

Plünderung eines Waffendepots in Steiermark.

Wien, 31. Juli. In Fürstentfeld, nahe der österreichisch-ungarischen Grenze, plünderten als Zivilisten verkleidete Offiziere in Stärke von 1000 Mann das große Munitionswaffendepot. Sie erbeuteten 4000 Gewehre, Maschinengewehre und Munition. Nach Ueberwältigung der Wachposten wurden die Bewohner von Fürstentfeld mit den Waffen bedroht, die Telefonleitungen durchschnitten und die Rückzugslinie der Eisenbahn militärisch besetzt. Die Plünderung dürfte von ehemaligen monarchistischen österreichischen Offizieren durchgeführt sein, die in Ungarn Zuflucht gefunden haben und den Anschluß Westungarns an Österreich verhindern wollen. Die Plünderer entkamen mit ihrer Beute in Lastautos.

Wien, 31. Juli. Das Staatsamt für Äußeres hat sofort, nachdem es von dem Vorfall in Fürstentfeld in Kenntnis gesetzt worden war, die österreichische Gesandtschaft in Budapest beauftragt, bei der ungarischen Regierung dagegen Protest zu erheben und das Verlangen zu stellen, daß unverzüglich die Schuldigen bestraft, die geraubten Gegenstände zurückgestellt, der aus dem Ueberfall entstandene Schaden gutgemacht und Österreich Genugtuung geleistet werde. Gleichzeitig wurden die diplomatischen Vertretungen Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten in Wien von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt.

Wien, 1. August. (W.B.) Nach Mitteilung des Staatsamts für Heerwesen gaben aus Ungarn geflüchtete Österreicher ihm zu Protokoll, daß sie in Ungarn zum Eintritt in die österreichische Legion gedrungen seien, die den Sturz der jetzigen Wiener Regierung und die Wiederaufrichtung der Monarchie in Österreich bezwecke. Die Legion sei 170 bis 180 Mann stark und liege im Lager von Jala Egerzög. An anderen Orten Ungarns sollen sich noch fünf weitere gleiche Lager befinden, in Jala Egerzög außerdem eine kroatische Legion zur Förderung der Umsturzbewegung in Südbawien.

Wien, 1. August. (W.B.) Wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, verhaftete die Polizei in später Nachtstunden einen der Werber für die österreichische Legion von Jala Egerzög, Oberleutnant Augler. Dieser bestätigte beim Verhör, daß als Zweck der Legion der Einfall in Österreich und der Sturz der republikanischen Regierung bezeichnet wurde.

Die Dänischen Wahlen.

Kopenhagen, 31. Juli. (W.B.) Bei sehr geringer Wahlbeteiligung fanden gestern die Wahlen zum Landsting statt. Nach den Ergebnissen zu urteilen, wird das Landsting nach den endgültigen Wahlen sich folgendermaßen zusammensetzen: Gemäßigte Linke 22 (3 Mandate gewonnen), Sozialdemokraten 15 (unverändert), Konservative 11 (2 gewonnen), Radikale 4 (6 verloren), Erwerbspartei 1 (1 gewonnen). Das Landsting, das 72 Mitglieder zählt, von welchen 54 durch Wahlen und 18 vom Landsting selbst ernannt werden, wird dadurch folgende Zusammensetzung haben: Gemäßigte Linke 29 (22 durch Wahl, 7 durch das Landsting gewählt), Sozialdemokraten 19 (15 durch Wahl, 4 durch das Landsting), Konservative 15 (11 und 4), Radikale 7 (4 und 3) Erwerbspartei 1 Sit.

Die Arbeiten des Sozialistenkongresses in Genf.

Genf, 1. August. (W.B.) Zur Teilnahme am internationalen Sozialistenkongress sind nachträglich noch zwei ungarische Delegierte eingetroffen. Die vom Kongress eingesetzten Kommissionen begannen gestern nachmittags ihre Arbeiten. Die Kommission schlug vor, eine Kommission zu bestellen mit dem Auftrage, Verhandlungen mit den Gruppen, die der Zweiten Internationalen nicht angehören, einzuleiten, um mit diesen zusammen eine einheitliche starke Internationale zu errichten auf der Grundlage der traditionellen und demokratischen Grundzüge des Sozialismus. Die zweite Kommission prüfte die Schuld am Kriege. Sie beschloß nach Anhörung der Delegierten der am Krieg beteiligt gewesen Länder eine Unterkommision mit der Ausarbeitung einer Resolution zu beauftragen. Die dritte Kommission, welche die Sozialisierung und das politische System des Sozialismus zu prüfen hatte, beschloß zwei Unterkommisionen dafür zu ernennen. Inbezug auf die Sozialisierung verlangte die Kommission ihre allmähliche Durchführung, und inbezug auf das politische System des Sozialismus empfiehlt sie die Anwendung demokratischer Grundzüge bei Industriebetrieben, d. h. Gewährung des Einflusses der Arbeiter auf die Gestaltung der Betriebe. Die vierte Kommission, welche sich mit der Prüfung der Mandate zu befassen hatte, und an welcher kein deutscher Delegierter teilnahm, beschloß, die Frage der Zulassung der in Genf anwesenden Delegierten dem Kongress selbst zur Entscheidung vorzulegen, da von verschiedenen Seiten die Eigenschaften der französischen Delegierten als eigentliche Sozialisten in Zweifel gezogen wurden.

Die Sonntagsruhe der Zeitungsleute.

Paris, 1. August. (W.B.) In der Kammer wurde ein Antrag von mehreren Abgeordneten eingebracht, der bezweckt, den Journalisten die Sonntagsruhe zu sichern, da diese Klasse am wenigsten von der sozialen Regelung der Arbeitszeit Nutzen ziehen könne, weil sie mit den jeweiligen Ereignissen rechnen müsse. Daher müsse ihnen eine gewisse Ruhepause gewährt werden, was nur durch ein Verbot der Zeitungen an Sonntagen möglich sei. Daher sollte von Sonntag früh 8 Uhr bis Montag früh 6 Uhr jedes Zusammenstellen von Nachrichten, noch Druck und Verbreiten von Zeitungen bei einer Strafe von 1000 bis 3000 Francs zu gunsten der Rasse des Journalistenverbandes und bei Verbot der betreffenden Zeitung auf die Dauer eines Monats untersagt werden.

Fordernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

32)

(Nachdruck verboten.)
„Meinetwegen, Sie gutes, tüchtiges Kind! Und morgen darf ich kommen, um mich zu überzeugen, wie es Ihnen im neuen Heim behagt.“

„Gewiß!“

„Ich will Ihnen auch Bücher mitbringen zum Lesen. Ihre Bieline ist bereits draußen. Und im Wärdchen, wo es eine Weinlaube und schöne Obstbäume gibt, die nun freilich noch nicht belaubt sind, wird es Ihnen gewiß auch gefallen. Sie sollen schon keine Langeweile draußen leiden.“

„Wie gut Sie sind!“

Daniela hatte jedes Wort vernommen. Regungslos mit vor Staunen geweiteten Augen lauschte sie.

Wie weich Egon's Stimme klang. Wie viel Mühe und Zeit hatte er für dies fremde Geschöpf vergeudet, während er für sie selbst nie Zeit gehabt.

Er mußte sie sehr lieben. Und mit ihr — das ergab sich ja aus jedem Wort — hatte er offenbar nicht die Absicht, den Bruch herbeizuführen — trotz der Fürstin Laban —.

Wie dachte er sich dann aber nur die Zukunft? Wollte er auch die Fürstin betrügen oder dieses Mädchen? Oder — beide?

„O, welch schlechter, herzloser Egoist war er doch! Drinnen nahmen sie jetzt Abschied. Es mußten noch andere Patienten im Wartezimmer sein, denn Egon begleitete Fräulein Sand nur bis an die Tür.“

Leise huschte Daniela hinaus. Sie mußte sie von Angesicht zu Angesicht sehen, dieses Weib mit der weichen Stimme, die ihn so bezauberte —.

Als Egon Sand das Vorzimmer kreuzte, um zur Ausgangstür zu gelangen, begrüßte sie Daniela.

„Gewiß ist das seine Frau!“ dachte sie und grüßte höflich. Der Gruß wurde durch ein stummes, hochmütiges Kopfnicken erwidert.

Für einen Augenblick ruhten Danielas dunkle Augen kalt und verächtlich auf der jungen Lehrerin.

Stadt und Land. Bemerkungen zu einer brennenden Frage.

Von Max Cohen-Reuß, Mitglied des Reichswirtschaftsrats in „Unser Volk“.

Es läßt sich nicht leugnen, es bestehen scharfe Gegensätze zwischen Stadt und Land, und obwohl die unverdrossene, sachliche Arbeit klärender Männer und Frauen viel dazu beigetragen hat, den zwischen Stadt und Land gelagerten Berg des Mißtrauens kleiner zu machen und die beiderseitigen Verhältnisse besser verstehen zu lernen, erleben wir immer wieder Rückschläge in den alten Zustand. Darüber zu schelten hat keinen Zweck, haltbare Abhilfe kann nur durch die dauernde und gemeinsame Tätigkeit all derer auf beiden Seiten geschaffen werden, die sowohl genügendes Verständnis für die Gründe des Gegensatzes wie für die unbedingte Notwendigkeit seiner Beseitigung haben. Diese Beseitigung aber ist unerlässlich, sie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, von der, mehr als früher, zukünftiges Gedeihen und neuer Aufstieg des deutschen Volkes abhängen.

Es ist begreiflich, daß in einer Zeit, in der die Produktivität der Landwirtschaft durch den Krieg und seine Folgen so außerordentlich nachgelassen hat, alte Sünden doppelt schmerzhaft sind. Hätte das alle deutschen Parteien (besonders natürlich die Oppositionellen) mehr als nötig durchgehende Agitationsbedürfnis es nicht verhindert, die städtische Bevölkerung (insbesondere die Arbeiterklasse) mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen und sachlichen Grundlagen landwirtschaftlicher Produktion näher bekanntzumachen, so würden die vielen auf Unkenntnis der wirtschaftlichen Tatsachen zurückzuführenden Gegensätze wesentlich geringer sein. Gerade sie aber stellen einen großen Teil des eigentlichen Gegensatzes überhaupt dar und gerade sie müssen infolge ihrer mangelhaften Fundamentierung so erbitternd wirken. Wenn z. B. die knappen Brotbestände schlechtweg der unzulänglichen Lieferung der Landwirte, die fehlenden Kartoffeln ohne weiteres dem Umstande zugeschrieben werden, daß die Landwirte sie absichtlich in der Erde gelassen hätten, oder wenn die für manche Produkte von der Landwirtschaft verlangte Preiserhöhung kurz und bündig auf die bekannte Profitgier der Agrarier zurückgeführt wird, so sind derartige, allgemein erhobene Vorwürfe, die deutlich die Unkenntnis ländlicher Verhältnisse zeigen, nur allzusehr geeignet, die Landwirtschaft zu verbittern und auch den Teil von ihr störrisch zu machen, der sehr wohl weiß, daß auch in den eigenen Reihen manches nicht so ist, wie es sein sollte.

Trotz all ihrer schweren Mängel aber sollte die städtische Bevölkerung nicht daran zweifeln, daß der weitaus größte Teil der deutschen Landwirtschaft guten Willens und bereit ist, alles zu tun, um die Ernährung der Städte sicherzustellen. Man darf die Schwierigkeiten, unter denen die Landwirte nicht nur während des Krieges gelitten haben, sondern zum Teil auch heute noch leiden, nicht unterschätzen. Der außerordentliche Mangel an menschlichen Arbeitskräften (die Kriegseingefangenen sind nur ein schlechter Ersatz für die im Felde stehenden Männer gewesen), die fehlenden Pferde und Rüge, die bei weitem nicht ausreichende Menge von natürlichen und künstlichen Düngemitteln, das gänzliche Ausbleiben überlebensfähiger Futtermittel haben die agrarische Leistungsfähigkeit in hohem Grade herabgemindert. Und diese Schwierigkeiten sind durch die Beendigung des Krieges nicht etwa beseitigt worden. Nur ganz allmählich läßt sich in jahrelanger Arbeit der Viehbestand und die Zufuhr von Düngestoffen und Futtermitteln wieder auf die alte Höhe bringen, und jedermann weiß, daß die Bereitstellung genügender menschlicher Arbeitskräfte bis heute noch nicht gelungen ist und an Hindernisse stößt, an denen die Landwirtschaft nicht mehr schuldig ist, als die übrige Bevölkerung.

Wenn die Landwirtschaft ihre Produktion halbmöglichst erhöhen soll, so muß die Frage der Beschaffung hinreichender Arbeitskräfte und genügender Mengen künstlicher Düngemittel allerschleunigend gelöst werden. Der ausgelaugte Boden hungert geradezu nach den letzteren, und ein nicht unbeträchtlicher Teil der erpärten Gelder wird zu diesem Zweck benutzt werden müssen, wie denn auch alle die zur Produktionserhöhung nötigen Neuanschaffungen und Aufwendungen ein großes Loch in die zurückgelegten Geldsummen reißen werden. Es ist daher durchaus falsch, anzunehmen, daß der von agrarischer Seite gemachte Gewinn unberechtigter Profit sei. Solcher mag auch hier und da vorhanden sein. In der Mehrzahl der Fälle aber würde ohne die Möglichkeit, jetzt bedeutende

Summen in den Betrieb hineinzufrieden der im Krieg eingetretene Rückgang der Produktion weiter dauern. Das liegt gewiß nicht im Interesse der übrigen Bevölkerung, die ja aus ihren eigenen Verhältnissen heraus zu beurteilen vermag, welche ungeheuren Geldsummen heutzutage durch große Auswendungen verschlungen werden. Von überragender Bedeutung aber für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion ist die Arbeiterfrage. Man wird sich in Deutschland allmählich an die Tatsache gewöhnen müssen, daß eine industrielle Beschäftigung aller der vielen Millionen von Arbeitskräften, wie wir sie aus der Vorkriegszeit her kennen, auf lange Zeit hinaus unmöglich geworden ist, so daß ein großer Teil der bisherigen Industriearbeiter entweder auswandern oder auf das Land verpflanzt werden muß. Das liegt nicht gewiß nicht leicht und man darf nicht glauben, daß die böse Wille der städtischen Arbeiter hier das Haupthindernis ist. Nicht nur, daß die in der Tat äußerst schlechten ländlichen Wohnverhältnisse, (die sich so schnell nicht verbessern lassen) ein ernstes Hindernis für die Umsiedlung städtischer Arbeitermassen darstellen. Auch ihre mangelnde Eignung für Landarbeit ist eine Schwierigkeit, die sich erst allmählich bei sehr viel beiderseitigem guten Willen überwinden läßt. An diesem gutem Willen, besonders der Arbeiter, werden deswegen hohe Anforderungen gestellt werden müssen, die die Bedingungen des Arbeitsvertrages auf dem Lande den Verträgen, die man von der industriellen Tätigkeit her gewohnt war, nicht ohne weiteres gleichgestellt werden können.

Es soll hier nicht auf das ganze Arbeitsvertragsverhältnis eingegangen werden, zwei seiner wichtigsten Seiten aber: Arbeitszeit und das Streikrecht, seien kurz erörtert. Auf dem Lande ist die grundsätzliche Festlegung und Anerkennung des Achtstundentages undenkbar. Die weitgehende Abhängigkeit landwirtschaftlicher Tätigkeit von Natur und Witterungsschaffenheit hat zur Folge, daß eine von vornherein festgesetzte Arbeitszeit nicht möglich ist, sie muß sich nach der Wetter- und der Jahreszeit richten; sie wird manchmal außerordentlich lange sein, wenn es gilt, rechtzeitig die Ernte hereinzubringen. In einem solchen Fall könnte eine Verschiebung der Arbeit auf die nächsten Tage von absehbaren Folgen und unter Umständen der Grund zu einer stark verminderten Einbringung der Frucht sein, die Dinge, die man bei der industriellen Produktion gar nicht kennt. Aus dem Gesagten ergibt sich bereits, daß der Streik in der Landwirtschaft etwas ganz anderes ist als in der Industrie. In der Industrie kann auch eine längere Arbeitszeit in der Regel durch eine erhöhte spätere Leistung wieder gutgemacht werden. Ein landwirtschaftlicher Streik aber in entscheidender Zeit, also zur Zeit der Ernte, kann wieder gutgemacht, er bedeutet unter Umständen verlorene Ernährungsbedingungen und Vertierung des Bodens für das ganze Volk. Die durch die Kriegsniederlage uns geschaffene Situation hat die sichere und rechtzeitige Bergung der Feldfrüchte zu einer nationalen und gemeinschaftlichen Sache gemacht, so daß die Vermeidung landwirtschaftlicher Streiks eine Angelegenheit ist, die nicht nur die ländlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern das ganze Volk angeht. Mit alledem soll das Streikrecht Landarbeiters aber nicht grundsätzlich verneint werden, dessen ist es eine Angelegenheit, die ebenso wie die Sperrung der Arbeiter durch den Grundbesitzer, der von unmittelbar Beteiligten entzogen und in die Hand parteiischer (am besten wohl staatlicher) Organe gelegt werden muß. Das beste Mittel zur Verhinderung landwirtschaftlicher Streiks freilich ist die Erziehung zur Besonnenheit. Wenn Grundbesitzer sowohl wie Arbeiter nicht mehr lediglich als Privatleute, sondern als Mitglieder des Volksganges fühlen, die (gleichviel wie die ländlichen Eigentumsverhältnisse sich gestalten werden) eine für das Gedeihen der ganzen Nation unentbehrliche Funktion ausüben, wird der Streik auf dem Lande sich überwinden lassen oder zu den alleräußersten Seltenheiten gehören.

Bis zur Erzielung dieser Einsicht ist ein gegenseitiges Verstehenwollen aber ganz besonders vorzuziehen. Wenn gesagt, die Methoden industrieller Produktion nicht auf der Landwirtschaft übertragen werden dürfen, so darf nicht der Grundbesitzer ebenso wenig an den Gewerbetreibenden Friedenszeit festhalten und es muß vor allem der auf dem Lande besonders ausgeprägte Herrenstandpunkt fallen lassen und in dem Arbeiter der gleichberechtigten Mitwirkung gesehen werden. Auch muß der Grundbesitzer sich an Gedanken gewöhnen, daß die revolutionären Umwälzungen der gegenwärtigen Periode auch die ländlichen Verhältnisse nicht unberührt lassen können, wenn gleich gewagte Experimente nirgendwo weniger als in der Landwirtschaft am Platze

im Wagen, im Auto, mit der Straßenbahn oder in seinem Ziel zustrebt.

So kann es gar nicht geschehen, dachte sie. Aber als sie kurz vor vier Uhr leise die Ausgangstür öffnete, um hinunterzugehen — (bei Egon war jedoch kein Patientin eingelassen worden —) prallte sie beinahe mit zusammen, die gerade die Klingel ziehen wollte.

„Wie gut, daß ich dich noch treffe“, begann Jolde, „ich muß dich nämlich unbedingt sprechen. Du mußt einen Gefallen tun, Dana.“

„Alles, was du willst, nur jetzt nicht, denn ich bin sehr eilig! Ich bitte dich, halte mich nicht auf!“

„Willst, komme ich abends auf einen Sprung zu dir.“

„Da bin ich mit Mama in der Oper.“

„Dann morgen.“

„Nein. Ich muß es gleich wissen. Einen Augenblick wirst du doch Zeit haben? Wo willst du denn abends hin?“

„Zu — zu meiner Schneiderin“, log Daniela, „aus Nadeln stand und der in der Eile keine bessere Antwort einfiel. Es ist sehr wichtig, und wenn ich sie noch einmal will, darf ich keinen Augenblick verlieren!“

Jolde brach in Lachen aus.

„Ach, nur zur Frau Lampe willst du? Na, ich tiere dir, daß du sie in einer halben Stunde auch noch die geht ja nie vor sieben Uhr abends aus. Und die Angelegenheit ist jedenfalls wichtiger. Also komm, ich und opiere mit fünf Minuten. Wir wollen in zehn gehen.“

In diesem Augenblick kam die letzte Patientin aus Jolde's Ordinationszimmer. Daniela weinte fast vor Ungeduld. Mit Gewalt wollte sie an der Tür vorbeigehen.

Aber Jolde war nun aufmerksam geworden. „Sieh, sieh“, sagte sie mit eigentümlichem Blick, „haben also auch kleine Heimlichkeiten! Desto besser werden wir uns um so leichter verständigen. Du hast dich wirklich nicht so zu haben — auf fünf Minuten oder später kommt es doch wirklich nicht an — ich bin man ein Rendez-vous hat!“

(Fortsetzung folgt)

Wenn irgendwo, so gilt es hier die bei Produktionsumformungen unvermeidbaren Störungen der Produktion auf ein Mindestmaß zu beschränken, (das ist mit die Hauptsache) nichts von oben herab zu dekretieren; es muß vielmehr alles, was auf dem Lande geschieht, unter vorheriger Verständigung mit der Landwirtschaft selber geschehen. Zu diesem Zweck ist die Schaffung von Selbstverwaltungskörpern der Landwirtschaft, in denen Unternehmer wie Arbeiter vertreten sind, unerlässlich. Diese Selbstverwaltungskörper werden diejenige Instanz sein, in der alle die Landwirtschaft betreffenden Fragen gründlich vorbereitet, wenn auch nicht endgültig entschieden werden können. Daß sie zusammen mit den entsprechenden Institutionen der Industrie und der freien Berufe den Unterbau für eine berufständische Vertretung für das Reichswirtschaftsparlament bilden müssen, sei nur nebenbei erwähnt!

Ich habe eingangs dieses Aufsatze darauf aufmerksam gemacht, daß die städtische Bevölkerung sich nicht von allgemeinen Vorurteilen gegen die Landwirte leiten lassen darf; umgekehrt muß aber auch die Landwirtschaft die schwierige Lage und die Lebensnotwendigkeiten der Stadtbewohner verstehen. Sie darf sich nicht allzusehr über die gereizte Stimmung wundern, die durch die nun schon jahrelang währende ungenügende Lebensmittellieferung in der Stadt vorhanden ist. Wie schlecht es mit der Lebensmittellieferung der großstädtischen Massen steht, davon hat man auf dem Lande, wo man Not dieser Art garnicht kennt, manchmal in der Tat kaum eine Ahnung. Schon aus diesem Grunde dürfte es niemals vorkommen, daß auf dem Lande mit Sperrung der Lebensmittellieferung gedroht wird, wenn die Notwendigkeit der Städte und besonders die bei der schwerleidenden Arbeiterschaft vorhandene wirtschaftliche Not, zu vorübergehenden Explosionen führt. Gerade in solchen Situationen darf kein Öl ins Feuer gegossen werden. Haben und dräben sind dann Ruhe und Besonnenheit doppelt nötig, und dort wie hier dürfen Dummheiten (oder auch wirklich böswilliges Verhalten einzelner) nicht zur Richtschnur für die gegenseitige Stellungnahme werden. Denn es ist ja doch einmal so: wir alle, die wir in Deutschland wohnen, besonders aber Stadt und Land, sind aufeinander angewiesen. Wir müssen miteinander arbeiten und werden entweder miteinander wieder in die Höhe kommen oder zugrunde gehen. Von der Einsicht seiner Bewohner die ihr Schicksal selber zu bestimmen haben, hängt Leben und Sterben des deutschen Reiches ab. Jedermann kennt den Ernst der Lage, und jedermann hat daher die Pflicht, alle Vorurteile fallen zu lassen und sein Tun sachlichen Gesichtspunkten unterzuordnen. Nur wenn das geschieht, wenn Gruppen, Klassen und Parteien in Deutschland ihre Sondergehe um des Ganzen willen zurückstellen, werden wir die uns bevorstehenden schweren Aufgaben bewältigen und in langer, mühsamer Arbeit die Wunden heilen können, die das große Völkerringen uns geschlagen hat.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 3. August 1920.

Die Reisbrotmarken alten Musters behalten, wie die Reichsgeldstelle, um Irrtümern vorzubeugen, mittelt, vorläufig ihre Gültigkeit.

Mieter-Schuh-Berein E. V. Auf die heute Abend 8 1/2 Uhr im kleinen Saale der Turnhalle stattfindende außerordentliche Jahreshauptversammlung sei hierdurch nochmals hingewiesen. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Satzungsänderung, welcher den Mitgliedern für eine kleine Erhöhung des Jahresbeitrags bei eventuell vorkommenden Wirtschaftsschwankungen vor dem Einigungsamt oder Gericht, Kostenbeiträge gewähren will, ist so wichtig, daß das Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich ist. Auch Gäste sind herzlich willkommen.

Dehm, 31. Juli. Ortsarbeitschaft. Am Samstag Abend 9 Uhr fand im Schilleraal dahier eine Versammlung statt, einberufen von der Ortsarbeitschaft Oberbreiten, wozu Gründung einer Ortsarbeitschaft hier am Platze. Die Ausführungen der Vorstandsmitglieder der Ortsarbeitschaft über Zweck und Ziele der Gründung fanden allgemeine Zustimmung der Anwesenden. Nach reger Aussprache wurde ein provisorischer Vorstand ernannt, dem der weitere Ausbau, sowie die endgültige Vorstandswahl übertragen wurde. Die Anwesenden, deren Zahl 10-50 betrug, erklärten reiflich ihren Beitritt zur Arbeitschaft.

Cronberg, 2. Aug. Um den Bürgermeisterposten in Cronberg bewerben sich nicht weniger als 143 Herren. Aus dieser Fülle hat der Magistrat sechs Herren zur engeren Bewerbung aufgeführt.

Offenbach, 2. Aug. In Offenbach wurden in der Nacht zum Sonntag aus einem Uhrengeschäft Wertgegenstände, besonders Juwelen, im Werte von 25.000 Mark gestohlen.

Frankfurt, 2. Aug. (Ein Werber der Fremdenlegion.) In der Taunusanlage wurde am Freitag Abend der Privatdetektiv Kurt Stiller, geboren am 5. Februar 1900 in Boret, jetzt in Dresden wohnhaft, dabei betroffen, als er einen Bekannten zum Eintritt in die Fremdenlegion bewegen wollte. Stiller gab bei seinem Verhör offen zu, daß er während seines Aufenthalts in Frankfurt bisher an 8 bis 10 Personen herangetreten sei, um sie für die Fremdenlegion zu interessieren. Er habe den Leuten das Leben und die Behandlung in der Fremdenlegion in den besten Farben gemalt.

Frankfurt, 2. August. (Ein Frankfurter Einwohner in Offenbach erschossen.) Samstag vor-mittag nahm im Gasthof „Zum Engel“ in Offenbach ein Kriminalbeamter den sich rieflich verfolgenden Karl Frank aus Weidenheim fest. Auf dem Wege nach dem Amtsgericht wurde er von einem Mann erschossen. Als er die Wundstöße empfing, fiel er zu Boden. Er wurde sofort von einem Arzt untersucht, doch konnte er nicht mehr gerettet werden. Der Täter wurde so schwer verletzt, daß er nach der Einlieferung ins Offenbacher Krankenhaus verstarb.

Frankfurt, 31. Juli. Ein Doppelmordversuch. Ein niederrheinischer Anschlag auf das Leben eines Ehepaars in der Willelsbacher Allee wurde rechtzeitig verhindert. Um Gelegenheit zu einem gefährlichen Einbruch zu erhalten, überredete der Arbeiter Herbert Walter seine Geliebte, das Dunkelkammer-Gelocke des Ehepaars, bei dem es in Dienst stand, vorher durch Gift aus dem Wege zu räumen. Das Mädchen schüttete auf Geheiß des Verurteilten Gift in das Mittagessen. Er nahm dann selbst bei Tisch, um jede Veracht von vornen zu sichern, sich selbst abzuwehren, eine Löffel von der Suppe und

verbrannte sich dabei daran, daß es sofort dem Israelitischen Krankenhaus in der Goggenstraße eingeliefert werden mußte, wo man ihm den Magen ausräumte. Der Ehefrau war der starke Geruch, der der Spitze entströmte, sofort verdächtig und sie genoss nichts. Es wurde Anzeige bei der Polizei erstattet, der es nach kurzer Zeit gelang, das Mädchen zu überführen. Das Verbrechenpaar wurde festgenommen und dem Gerichts-gesängnis überführt.

Gernsheim, 2. Aug. Wer heute in Amerika erbt! Eine Riesenerbschaft haben zwei hiesige Damen, die Schwestern eines vor mehreren Jahren dahier verstorbenen Geisteskranken gemacht. Sie erbten von ihrem in Amerika verstorbenen Oheim die Summe von 75.000 Dollars, also nach dem Stand unserer heutigen Valuta berechnet über drei Millionen Mark. Die Summe wird aber erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zur Auszahlung kommen.

Neu-Isenburg, 2. Aug. Die Zahl der hier an der Ruhr erkrankten Einwohner ist auf 85 gestiegen. Ein Antrag der Gemeindeverwaltung auf Schließung der Schulen wurde vom Kreisgesundheitsamt abgelehnt.

Kreuznach, 2. Aug. Das Wohnungselend. Infolge der Wohnungsnot haust in Raddollenbach eine ganze Familie unter dem Bogen der Raubbrücke. Eine franke Frau und Mutter liegt im Bett. Der die Bevölkerung aufreizende Anblick ist ein Skandal.

Bell (Mosel), 28. Juli. Ein Neunzigjähriger. Eine große Schar von Schülern und Schülerinnen fand sich zusammen, um den 90. Geburtstag ihres Klavierlehrers, der em. Lehrers Nikolaus Köhr zu feiern. Der alte Herr, der sich bewundernswürdiger körperlicher und geistiger Frische erfreut, unterrichtet heute noch mit einem musikalischen Eifer und Erfolg, um den ihn manche junge Kraft beneiden dürfte. Unter seinen heutigen Schülern sind manche, deren Großmütter er schon unterrichtet hat.

Gießen, 2. Aug. Der städtische Voranschlag für 1920 in Gießen wird voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 8-10 Millionen Mark abschließen.

Siegen, 2. Aug. Mord. Die 24jährige Lehrerin Gertrud Schumann aus Eidel, die am Sonntag, den 11. Juli, von einem Spaziergange nicht zurückkehrte, wurde jetzt im Walde bei Herten ermordet und beraubt aufgefunden.

Hamburg, 2. Aug. Raubüberfall im Personen-zug. Bei Antritt eines Zuges von Ludwigslust nach Hamburg wurde der Kriminalpolizei mitgeteilt, daß ein Reisender in einem Abteil zweiter Klasse beraubt worden sei. Der Kaufmann, der sich mit einem anderen Reisenden allein im Abteil befand, wurde von dem ihm gegenüberstehenden Unbekannten mit einer betäubenden Flüssigkeit bewußtlos gemacht, worauf man ihm 11 Hundertmarkstücke aus der Brieftasche raubte. Der Täter hatte den Mut, bis nach Hamburg mitzufahren. Dort aber entkam er. Der beraubte Kaufmann beschrieb ihn als einen 30jährigen Menschen von 1,45 Meter Größe, mit schwarzem Haar und kurzgeschnittenem schwarzem Bart. Der Räuber soll mit einem dunklen Anzug und weisem Hut bekleidet gewesen sein.

Turnen und Sport.

Jubelfeier

des Limburger Turnvereins E. V.

Dem Ernst der Zeit entsprechend, feierte der Verein sein 40jähriges Stiftungsfest im engsten Rahmen, jedoch in durchaus würdiger Weise. Am Vorabend begann die Feier mit einem Festkommers in der Turnhalle, der aus allen Kreisen der Bevölkerung besucht war. In seiner Begrüßungsansprache gab der zweite Vorsitzende Wolf, der auch die Feier leitete, einen Rückblick über die Vereinsgeschichte. Gegründet kurz nach dem ersten Frankfurter Turnfeste am 5. August 1880 trat der Verein das erste Jahr vor ihm bestehender Turnvereine, der eine 1847-1851, von dem auch die herrliche Fahne stammt, der andere 1860-1866, aus dem die Freiwillige Feuerwehr hervorging, an. Von den Gründern leben noch die Herren Franz Voos, Josef Laibach, Josef Wilmann, Josef Streicher, Jakob Wilmann, Josef Müller und Josef Didingen. Die Leiter in den 40 Jahren waren Lehrer Probst, Büropostleher Scholl, Eisenbahn-Oberlektor Laibach, Büropostleher Voos, Oberlehrer Dr. Schnabel und Rechnungsrat Eyring. Aus leinsten Anfängen heraus hat sich der Verein zu einem der stärksten und angesehensten im Turngau wie auch in der Stadt Limburg entwickelt und verfügt der Verein über vorzüglich ausgebildete Turner. Im Weltkrieg waren 142 Turner, von denen 27 auf dem Felde der Ehre blieben, denen eine Erinnerungstafel geweiht wurde. Der Redner gedachte dann der jetzigen schweren Zeit, von der er Besserung nur durch ein einiges gestärktes Vaterland erhofft, er erblickt in der sportlichen Betätigung diese Stärkung und fordert zum Eintritt in den Turnverein und dadurch zur Stärkung von Körper und Geist zum Aufbau unseres armen Vaterlandes auf. Ein Hoch auf das Deutsche Vaterland fand begeisterten Widerhall. In bunter Reihenfolge ward nun das reichhaltige Programm abgewickelt. Der Limburger Männergesangsverein unter Leitung seines bewährten Dirigenten D. Erbach brachte einige Chöre und Volkslieder meisterhaft zu Gehör, ein junger zu Gast weilender Geigenkünstler, Hermann Stadtwial aus Köln, mit Begleitung durch Herrn Steuermagel, erfreute die Zuhörer durch einige Stücke von großem künstlerischem Werte. Gemeinsame Turnerspiele und turnerische Vorführungen der auf höchster Stufe stehenden besten Riegen hielten die Anwesenden in fortwährender Spannung. Neben zahlreichen Glückwunschkarten, u. a. des früheren Mitgliedes Herrn Regierungsrates Böhning, überbrachten in längeren Ausführungen die Wünsche der Stadt Limburg Herr Bürgermeister Dr. Krassmann, namens der deutschen Turnerschaft Herr Gauvertreter Richter Dillenburg, der dem verdienten Turnwart Eppstein den Ehrenbrief des Mittelrheinreises überreichte. Als Vertreter der Riegervereine sprach Herr Fabrikant Deidesheimer, für den Verein für Riesenpiele Herr Lehrer Imann, für den Turnverein „Jahn“ Herr Raubach, für den Limburger Männergesangsverein Herr Franz Hahn und für den Eichenverein Herr Lehrer Garthe. Am Sonntag nach-mittag fand in der überfüllten Turnhalle Konzert mit Schauturnen statt, bei dem alle Turnabteilungen zur vollen Geltung kamen. Alle Riegen, von der kleinsten Schallerriege, deren Leistungen besonders gefielen, über die Jüglinge bis zur besten Turnklasse und der Männerriege entledigten sich ihrer Aufgabe mit Eifer und der höchsten Vollendung, die zeigte, welch echt turnerischer Geist im Verein herrscht. Leider wurde die Stimmung durch einen Unfall, den der bekannte Preisturner Konrad Strieder erlitt, getrübt. Bei einer äußerst schwierigen Übung am hohen Red kam er zu Fall. Zur allgemeinen Beruhigung und Freude kann mitgeteilt werden,

daß der gefährlich aussehende Sturz dem wackeren Turner außer einer Armverletzung, die in kurzer Zeit wieder geheilt sein wird, keinen weiteren Schaden gebracht hat. — Am Abend fanden sich dann die Turner mit ihren Damen zu einem Ball zusammen, der den glänzendsten Verlauf nahm. Zum Schluß noch ein besonderes Lob der Kapelle Langenberg, die in Konzert und Ball hervorragendes leistete. Alles in allem kann man feststellen, daß alle Veranstaltungen in schönster Harmonie verliefen, der Turnverein nach dem einstimmigen Urteil der Teilnehmer stolz darauf sein kann und er gewiß wieder eine ganze Anzahl neuer Freunde gewonnen hat. Man trennte sich mit dem frohen Wunsch, nach zehn Jahren in einer hoffentlich besseren Zeit ebenso glänzend das goldene Jubiläum zu feiern.

Amtlicher Teil.

(Nr. 176 vom 3. August 1920.)

Verordnung

über Einfuhr von Fischen und Fischwaren.

Vom 28. Juni 1920.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401)/18. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 823) und des § 4 Abs. 3 der Verordnung über die Regelung der Einfuhr vom 16. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 41)/22. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 334) wird bestimmt:

§ 1. Ohne die nach § 1 der Verordnung über die Regelung der Einfuhr vom 16. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 41)/22. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 334) vorgeschriebene Bewilligung wird die Einfuhr gestattet für:

Schwallenfische (Fluß-, Teich- und Binnenseefische) frische: (aus Nummer 115a/c des statistischen Warenverzeichnis) Karpfen 115 a

Kale, Schleie und andere, mit Ausnahme von Salmoniden (das sind Schmäpel, Matänen, Aeschen, Stinte, Lachse, Forellen aller Art): lebende 115 b

Kale, Schleie und andere, mit Ausnahme von Salmoniden (siehe 115 b): nicht lebende, auch gefroren 115 c

Salzwasserrische (Meer- oder Seefische), frische (aus Nummer 115 d/e des statistischen Warenverzeichnis) Heringe (auch Breitlinge [Bretlingel]) 115 d

Schellfische und andere, mit Ausnahme von Salmoniden (siehe 115 b) 115 e

Stöckfisch (getrockneter Kabeljau), Klippfisch 117 c

Mies- und andere Seemuscheln, lebend oder bloß abgekocht oder eingefalzen, auch von der Schale befreit 119 c

§ 2. Die Vorschriften der Bekanntmachungen über die Einfuhr von Salzischen, Klippischen und Fischrogen vom 5. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 237), die Einfuhr von Fischen und von Zubereitungen von Fischen vom 30. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1135), die Einfuhr von frischen Fischen vom 13. November 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 238, 530 und 949) bleiben in 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1265), die Einfuhr von Schäl- und Krustentieren sowie Zubereitungen von diesen Tieren vom 14. Februar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 129) und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen vom 5. April 18. Juni und 23. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 238, 530 und 949)

treten, vorbehaltlich der Vorschrift im Abs. 2, außer Kraft. Die Ausführungsbestimmungen über die Einfuhr von Salzheringen usw. vom 5. April, 18. Juni und 23. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 238, 530 und 949) bleiben in Kraft, soweit sie sich auf Salzheringe beziehen.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem 8. Juli 1920 in Kraft.

Berlin, den 28. Juni 1920.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
Dr. Hermes.

Verordnung

betreffend Aufhebung der Verordnungen über die Beaufsichtigung der Fischversorgung und über die Ueberwachung des Verkehrs mit Seemuscheln.

Vom 28. Juni 1920.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401)/18. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 823) und der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse wird verordnet:

§ 1. Die Verordnungen über die Beaufsichtigungen der Fischversorgung vom 28. November 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1303)/22. September 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 859) und über die Ueberwachung des Verkehrs mit Seemuscheln vom 2. November 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1243)/26. November 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1302) werden aufgehoben.

Wo in Vorschriften, die auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Massnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) oder auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft vom 17. April 1919 (Reichs-Gesetzblatt S. 394) ergangen sind, oder in Verträgen der Reichskommission für Fischversorgung genannt ist, tritt an seine Stelle der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

§ 2. Die Bekanntmachungen über die Verwendung von Wasserfahrzeugen und den Einbau von Antriebsmaschinen vom 29. Januar 1918 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 26), über den Abfall von Fischen und Fischwaren durch Versteigerung vom 6. August 1919 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 173), über den Abfall von Fischen im Ausland vom 14. Dezember 1919 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 288) und über den Abfall von Seemuscheln an der Nordseeküste vom 24. Oktober 1919 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 247) bleiben mit den aus § 1 Absatz 2 sich ergebenden Änderungen in Kraft.

Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmungen dieser Bekanntmachungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem 1. August 1920 in Kraft.

Berlin, den 28. Juni 1920.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.
Dr. Hermes.

(Schluß des amtlichen Teils.)



Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, heute nachmittag um 3 Uhr meinen lieben Gatten, unsern guten treusorgenden Vater, Grossvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel

Herrn
Wilhelm Weimar
Schreinermeister

infolge eines Unglücksfalles im Alter von 66 Jahren in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Juliane Weimar und Kinder.

Staffel, Limburg, Cramberg, Laurenburg, Holzheim,
3/176 den 2 August 1920.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag um 4 Uhr vom Trauerhause in Staffel aus statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme bei dem Hinscheiden unseres nun in Gott ruhenden lieben Gatten, Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Bürgermeisters a. D.
Jakob Georg Stamm

sagen wir hiermit allen unsern tiefanbittendsten Dank. Insbesondere aber danken wir den Schwestern vom Martha-Stift für die aufopfernde Pflege, den Ortsbehörden und den beiden hiesigen Feuerwehren für das ehrenvolle Gratgeleit, den Schulkindern für den erhebenden Grabschmuck, ferner für die zahlreichen schönen Kranzspenden sowie Herrn Pfarrer Weigand für die trostreichen Worte am Grabe.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Staffel, den 2. August 1920. 6/176

Beschluß.

In der Konsolidations-Sache von Friedhofen wird der VI. Nachtrag zur Bilanzrechnung gemäß § 6 des Gesetzes vom 4. August 1904 für vollstreckbar erklärt.

Limburg, den 30. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kulturamts:
Schiffel.

4/176

Vom Abbruch Kalkofen-Dehen haben abzugeben:
zirka 150 000 Backsteine
30 cbm Bauholz,
14 000 Dachziegel,
1 fertig gezimmertes Feldschenerndach, mit
Holzriegel gedeckt, zirka 47,00 m l., 17,00 m br.

Janike & Wörrlein & m. b. G.
Mainz.

Auskunft erteilt:
August Behr, Limburg
Untere Grabenstraße 17.

D.H.V. Heute abend 8 1/2 Uhr im Vereinsheim „Deutsches Haus“
Monatsversammlung.
Krankenkassenbeiträge können daselbst entrichtet werden. 2/176

Piassavabesen, Reiserbesen, Kokosbesen, Rosshaarbesen, Handleger, Kokosmatten, prima Scheuertücher Fensterleder, Schwämme, Raffiabast, sowie sämtl. Bürstenwaren
in prima Friedensqualität, billigst.
9/148 **J. Schupp, Seilerei**
en gros en detail
Fernruf 277. Limburg. Frankfurterstr. 15.

Frühbirnen

abzugeben.
Untere Schiede 5.
Arbeitsbücher
zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei

Kunstlicht-Atelier! Foto-Handlung!

Fotografien in künstl. Ausführung.
Vergrößerungen nach jedem Bilde.
Schnellste Lieferung.

Geöffnet an Wochentagen von 8—6 Uhr,
an Sonntagen von 10—12 Uhr.

Billigste Bezugsquelle für Amateure.

Alle Neuheiten der Amateur-Fotografie.
Kostenlose fachm. Beratung.

Uebnahme aller Amateurarbeiten in
sorgfältigster sauberer Ausführung.

Fotohaus A. Hardt, Limburg.
3/175 Obere Grabenstraße 90.

Schr starkes

Linoleum

1,90x3 Meter zu verkaufen.
Näheres in der Expedition d. Bl.

Bestellen Sie sofort

an Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-Deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffs-Nachrichten
und Kupfertiefdruck-Beilage
Rundschau im Bilde

Wöchentlich 12 Ausgaben.

Postbezugspreis:
Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):
monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.—
Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):
monatl. M. 7.50, vierteljährl. M. 22.50
Probenummer kosten- u. portofrei.

Auslands- und Wochen-Ausgabe
des Hamburger Fremdenblatts:

Deutsche Uebersetz-Zeitung

reich illustriert in Kupfertiefdruck
Postbezugspreis:
für Deutschland M. 6.— vierteljährlich.
Wir versenden an uns aufgegebenen Adressen
von Auslandsdeutschen Probenummern mit Tarif.

Todes-Anzeige.

Heute morgen 5 Uhr entschlief nach langem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Gatte, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Ph. Wilhelm Hofmann

im 66. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Ph. Wilhelm Hofmann
Heinrich Hofmann
Familie Nicodemus.

Neesbach, den 3. August 1920.

5/176

Die Beerdigung findet statt: Donnerstag den 5. August, nachmittags 3 Uhr.

Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Limburg.

Mit Wirkung ab 1. August 1920 sind durch Satzungsantrag VII die Zulagebeiträge für die Familienversicherung auf 30 Pfennig für jeden Arbeitstag (monatlich also rund 7.50 M.) festgelegt worden. Die Beiträge sind wie bisher jeden Monat von den Beitragspflichtigen unangefordert an unsere Kassen zu zahlen.

Gleichzeitig treten folgende Satzungsänderungen in Kraft:

- Der Höchstbetrag für kleinere Heilmittel und für Zuschüsse zu den Kosten größerer Heilmittel (§ 19 Ziffer 1) ist auf 100 M. erhöht worden, desgleichen der Höchstbetrag für Zuschüsse zu Heilmitteln (§ 24) auf 150 M. und für kleinere Heilmittel an Familienangehörige (§ 30a Ziffer 1c) auf 20 M.
- Familienangehörige erhalten künftig die gleiche ärztliche Behandlung wie die Kassenmitglieder selbst (§ 30a Ziffer 4a).
- Anstelle der Familienwochenhilfe (§ 30a Ziffer 2) ist die Wochenhilfe nach dem Gesetz vom 30. April d. J. getreten.

Limburg, den 31. Juli 1920

7/175

Der Vorstand.

Neue Kelter

1 Jahr gebraucht, Spindelpresse v. Mayrath zu verkaufen.
Kellerei Einscheid, Weinähr (Sahn.)

Kursbericht des „Limburger Anzeiger“

mitgeteilt nach den Notierungen der Frankfurter Börse von der Bank für Handel u. Industrie, Niederlassung Limburg.

	letzter Kurs	vorletzter Kurs
5% Kriegsanleihe	79,1/2	
5% Reichsschatzanweisung	100,10	
5% Reichsschatzanweisung	98,70	
5% Reichsschatzanweisung	98,1/4	
4 1/2% „	81,1/4	
4 1/2% „	74,10	
4% Reichsanl.	69,—	
3 1/2% „	58,1/4	
3% „	60,—	
4% Preuss. Consols	68,—	
3 1/2% „	58,1/4	
3% „	58,1/4	
4% Badische Anleihe	80,1/2	
4% Bayer. Staatsanleihe	84,—	
4 1/2% Hamburger Staatsanleihe	83,1/2	
4% Hess. Anleihe	—	
4% Sächsische Anleihe	—	
4% Württembergische Anleihe	—	
4% Oesterr. Gold-Rente	36,1/2	
4 1/2% Silber- „	25,1/2	
4% Russische Anleihe von 1902	—	
4 1/2% Staatsanleihe	—	
4% Türkische Anleihe (Bagdadbahn)	97,1/2	
4% Ung. Gold-Rente	54,1/4	
4% Kronen-Rente	27,1/4	
4% Oest. Landeshyp.-Bl. Pöbbl.	100,30	
4% Nassau. Landesobl. Obl.	100,1/2	
3 1/2% „	89,—	
3% „	88,—	
4% Rheinprovinz. Anl.	99,—	
4% Anleihe der Stadt Darmstadt	98,40	
4% „ „ Frankfurt a. M.	104,1/4	
4% „ „ Mannheim	—	
4% „ „ Wiesbaden	98,1/4	
4% Frankf. Hyp. Bl. Pöbbl.	100,1/2	
3 1/2% „	88,1/2	
4% „ „ Kred. Ver. Pöbbl.	98,80	
4% Meiningen. Hyp. Bl.	98,1/2	
4% Preuss. Handbrief Bl.	95,60	
4% Rhein. Hyp. Bl.	99,1/4	
4% Westdeutsche Bod. Cred.	98,1/2	
4 1/2% Suderw. Oblig.	—	
4% Form. Höchst Obl.	—	
4 1/2% Böhmer	—	
4 1/2% Main-Kraftwerke Obl.	—	
Reichsbank Aktien	147,1/2	
Darmstädter Bank Aktien	141,1/4	
Deutsche Bank	262,—	
Disconto Commandit Ant.	197,1/2	
Dresdner Bl. Aktien	162,—	
Mitteldeutsche Kreditbank Aktien	142,—	
Bochumer Bergbau-Aktien	402,1/2	
Südwest. Eisenwerke	290,—	
Dtsch.-Lux. Bergw.	291,1/4	
Geleisenkrd.	312,1/2	
Harpener Bergbau	390,—	
Widnig Berg	442,—	
Pomb. Amerik. Packf. Aktien	181,90	
Norddeutscher Lloyd	176,1/2	
Allgem. Elektr. Ges.	291,1/2	
Altenwerke vorm. Meyer	228,—	
Chem. Albert-Werke	—	
Harzwerte Pöbbl.	859,—	